

## Dienstag, 17. April 2018 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Martin Aebli / Standesvizepräsidentin Tina Gartmann-Albin
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 109 Mitglieder entschuldigt: Albertin, Bleiker, Claus, Crameri, Davaz, Dudli, Felix (Haldenstein), Jaag, Pedrini, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz)
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

*Standesvizepräsidentin Gartmann-Albin:* Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur Fortsetzung unseres heutigen Sessionstages. Als Erstes: Tenue-Erleichterung ist selbstverständlich erlaubt. Wir fahren fort mit der Petition des 3. Bündner Mädchenparlaments betreffend Mobbing an Bündner Schulen geht zu weit. Und auch hier übergebe ich das Wort gerne an die Kommissionspräsidentin Grossrätin Märchy.

### **Petition 3. Bündner Mädchenparlament betreffend „Mobbing an Bündner Schulen geht zu weit“**

#### *Antrag Kommission*

1. Der Grosse Rat nimmt von der Petition Kenntnis.
2. Die Petition wird an die Regierung weitergeleitet.
3. Die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu orientieren.

*Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin:* Dies ist die einzige Petition, die eine Mehrheit der KBK an die Regierung weiterleiten möchte. Wie Sie heute Morgen von der Kommissionsvizepräsidentin Frau Locher gehört haben, wird die Regierung, wenn wir das so überweisen, diese Petition entgegennehmen, darüber beraten und einen schriftlichen Bericht den Mädchen, den Petitionärinnen, zukommen lassen. Wünschenswert wäre, wenn auch die Mitglieder der KBK diesen Brief sehen könnten zum Schauen, ja hat es eine nachhaltige Wirkung. Nun zur Petition. Auch in dieser Petition sind mehrere, genauer gesagt drei Forderungen enthalten. Die Erste: Das Thema Mobbing soll verbindlich im Ethikunterricht bereits ab der Primarschule unter Einbezug von Fachpersonen aufgenommen werden. Die zweite Forderung: Die Schulen werden verpflichtet, Mobbing als Straftat in der Disziplinarverordnung aufzuführen, und die letzte Forderung: Jede Schule soll einen Mobbingbeauftragten ausbilden, der für Prävention zuständig ist.

Klar ist, das Thema Mobbing beschäftigt. Schon das erste Mädchenparlament reichte damals eine ähnlich lautende Petition ein. Es ist ein ernstzunehmendes Problem,

dem insbesondere an Schulen immer wieder grosse Beachtung geschenkt werden muss. Die Forderung, das Thema Mobbing verbindlich in den Ethikunterricht einzubauen, beschlägt den Lehrplan und liegt in der Zuständigkeit der Regierung. Das Anliegen, Mobbing als Straftatbestand in der schulischen Disziplinarverordnung aufzunehmen, das fällt in die Zuständigkeit der Gemeinden respektive der Schulträgerschaften. Die Kommission schliesst sich aber der Meinung des Bundesrates an, dazu Ausführungen auf Seite 3 des Berichts. Der Bundesrat sagt, mit den zahlreichen vorhandenen Vorschriften braucht es keine zusätzlichen gesetzlichen Strafnormen. Die Kommission spricht sich dafür aus, dass man Mobbing mit Prävention begegnen soll. Betreffend Mobbingbeauftragte will die Kommission den Schulen respektive den Gemeinden keine kantonalen Vorgaben machen. Die Schulen sollen individuelle Lösungen suchen und umsetzen können. Hervorheben möchte die Kommission aber die Verantwortung und die Zuständigkeit der Lehrpersonen.

Die KBK stellt folgende Fragen in den Raum: Welche konkreten Beobachtungen und/oder Erfahrungen haben die Teilnehmerinnen des Mädchenparlaments bewogen, diese Petition einzureichen? Ist Mobbing ein punktuell oder ein vielgesehenes Problem? Wie viele Fälle von Mobbing an Schulen sind bekannt? Was hat der Kanton bisher konkret dagegen unternommen und was wird er weiter tun? Wird Mobbing im Ethikunterricht thematisiert? Eine Mehrheit der Kommission kommt zum Schluss, dass die Petition der Regierung weitergeleitet werden soll, auch um diese Fragen aufzugreifen. Darum stellt die Mehrheit der Kommission folgenden Antrag, erstens: Der Grosse Rat nimmt von der Petition Kenntnis. Zweitens: Die Petition wird an die Regierung weitergeleitet, und drittens: Die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu informieren.

*Standesvizepräsidentin Gartmann-Albin:* Das Wort ist offen für weitere Mitglieder der KBK. Grossrat Hug, Sie haben das Wort.

*Hug:* Besten Dank. Bezüglich der Petition Mobbing an Bündner Schulen geht zu weit, kann ich nur kurz aus zwei Gründen erläutern, weshalb ich diese als relativ

kleine Mehrheit mit einer Stimme nicht an die Regierung weiterleiten möchte. Ich möchte den Wortlaut der Petition ernstnehmen und zitiere direkt daraus: "Das Thema Mobbing soll verbindlich im Ethik-Unterricht bereits ab der Primarschule und über alle Schulstufen in geeigneter Form unter Einbezug von Fachpersonen oder direkt Betroffenen aufgenommen werden." Wir haben es bereits gehört. Dieser Teil kann man auch als Parlamentarier unterstützen, er liegt jedoch im Kompetenzbereich der Regierung. Zum zweiten Punkt der Petition, und da wird es jetzt problematisch: "Die Schulen werden verpflichtet, Mobbing als Straftat in der Disziplinarverordnung aufzuführen." Ganz ehrlich gesagt, ich möchte den Begriff Mobbing nicht in der Disziplinarverordnung der Schule meiner Gemeinde aufnehmen, und zwar deshalb, weil es diesen Begriff in der heutigen Rechtsordnung unseres Staates schlicht nicht gibt. Ob man diesen Begriff neu in die schweizerische Strafgesetzgebung aufnehmen möchte, kann man gerne diskutieren, aber diese Diskussion findet nicht in Chur, sondern in Bern statt. Und ich zitiere noch den letzten Punkt der Petition: "Jede Schule soll einen Mobbingbeauftragten ausbilden, welcher für Prävention und Sensibilisierung zuständig ist." Ich bin klar der Meinung, dass dies unbedingt den einzelnen Schulträgerschaften überlassen werden muss. Es mag sein, dass dies in gewissen Schulen notwendig ist, aber in meiner Gemeinde bin ich fest davon überzeugt, dass bereits heute die Lehrpersonen diese Verantwortung sehr umfassend wahrnehmen. Nun wieder eine weitere Schnittstelle einzubauen, erachte ich gar als kontraproduktiv. Aber wie bereits erwähnt, dies soll jede Gemeinde selber entscheiden. Wir brauchen hier keine übergreifenden Anweisungen des Kantons. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese Petition nicht an die Regierung weiterzuleiten.

#### Antrag Hug

Die Petition nicht an die Regierung weiterzuleiten.

*Locher Benguerel:* Auch ich melde mich hier zu Wort. Diesmal kann ich für die Kommissionsmehrheit sprechen. Das Thema Mobbing beschäftigt offensichtlich die Jugendlichen stark, oft verbunden mit Erfahrungen aus dem eigenen Umfeld. Bereits beim ersten Bündner Mädchenparlament, wir haben es gehört, wurde eine fast gleich lautende Petition eingereicht. Zudem hat sich auch das Churer Jugendparlament kürzlich zu diesem Thema geäußert und eine Petition dazu gemacht. Der Kanton Graubünden ist nicht untätig in diesem Thema, deshalb möchte ich hier explizit die Fachstelle Prävention der Kantonspolizei Graubünden darauf hinweisen, welche die Bündner Schulen in dieser Thematik unterstützt. Primär, da teile ich die Aussage von Grossratskollege Hug, sind im Schulalltag für diese Thematik die Lehrerinnen und Lehrer zuständig und Ansprechpersonen. Hierzu gibt es immer auch wieder Weiterbildungsangebote. Mobbing ist kein klar definierter Begriff, deshalb ist immer auch ganz wichtig, genau hinzuschauen und zu analysieren, worum es sich wirklich handelt. Darüber hinaus übernehmen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eine zentrale Unterstützung bei den Schulen zur Unterstützung in Mobbingfällen und können

oft professionell vor Ort dazu beitragen, das Problem zu entschärfen. Es gibt die Möglichkeiten der Schulsozialarbeit, jedoch nicht in allen Gemeinden, insbesondere eben in kleineren Gemeinden nicht. Ich teile die Aussage, dass Prävention das beste Mittel ist und darauf sollten wir setzen. Es ist richtig, diese Petition an die Regierung weiterzuleiten, damit sich die operative Ebene damit befasst, da mache ich jetzt keine weiteren Ausführungen, diese Argumentation habe ich jetzt schon bei den anderen beiden Petitionen geäußert, und die Schulträgerschaften, die behalten ihre Freiheit in der Umsetzung. Aber wenn wir sie weiterleiten, dann beschäftigt sich die Regierung damit. Und dann noch ein Nachtrag von heute Morgen. Wir diskutieren bei jeder Petition eben, soll sie weitergeleitet werden oder nicht. Den Mädchen geht es auch darum, dass ihre Stimme gehört wird, dass wir hier darüber debattieren über ihre Themen und dass wir den Themen Gewicht geben. Darum ist es richtig, dass der Grosse Rat jetzt hier über diese Petitionen befindet. Also ich bitte Sie, diese Petition an die Regierung weiterzuleiten.

*Standesvizepräsidentin Gartmann-Albin:* Gibt es weitere Wortmeldungen der Mitglieder der KBK? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Cahenzli.

*Cahenzli-Philipp:* Das Mädchenparlament ist eine tolle Sache, bei der wir unsere Meinung sagen können und man uns zuhört. Schülerinnen aus meiner Gemeinde haben nach der Beteiligung am Mädchenparlament verschiedene Resümees dazu formuliert. Die erwähnte Aussage ist eine davon. Das Mädchenparlament ist gelebte Partizipation, wir haben es gehört. Die Mädchen kommen an diesem Tag mit unserem politischen System in Kontakt und damit wird ihr Interesse an der Politik geweckt. Das ist die Zielsetzung des Anlasses, der übrigens sehr gut organisiert wurde und auch sehr gut geleitet wurde. Wir können unsere Meinung sagen und man hört uns zu. Das Mädchen hat damit auf den Punkt gebracht, was einen grossen Teil der Parlamentsaufgabe ausmacht. Zuhören bedeutet, ernsthaft ergründen zu wollen, wo der Schuh drückt. Das hat die vorberatende Kommission in ihrem Bericht getan, herzlichen Dank dafür.

Nun, Ratskollegin Clalüna und ich selbst waren Mentorinnen der Gruppe Mobbing an Bündner Schulen geht zu weit. Das Thema Mobbing beschäftigt bereits zum zweiten Mal, es ist ein eigentlicher Dauerbrenner. In der Diskussion mit den Mädchen wurde deutlich, dass die Schulen zum Teil sehr unterschiedlich weit sind in Bezug auf Umgang mit Mobbing. Einige Mädchen haben von sehr guten Veranstaltungen an ihren Schulen zum Thema berichtet, zum Beispiel aus der Gemeinde Trimmis. Da wurden auch die Eltern miteinbezogen und die Schüler und Schülerinnen haben eine Anlaufstelle. Sie wissen also, wohin sich wenden, wenn ein Problem auftaucht. Das Bewusstsein der Schulträgerschaften, der Schulleitungen und ganz bestimmt der Lehrpersonen für das Thema Mobbing ist wohl geschärft worden in den letzten Jahren. Wir haben in der Diskussion mit den Mädchen darauf hingewiesen, dass bei Problemen zuerst die Klassenlehrperson angesprochen werden soll. Das

wird meistens auch so gemacht und die Mädchen haben von positiven Beispielen darüber erzählen können. Erwähnen will ich an dieser Stelle auch die gute Aufklärungsarbeit der Polizei, die auf Wunsch die Schulen besucht und über das Thema Cybermobbing aufklärt. Eine gute Sache, die Eindruck macht und Wirkung zeigt. Es wird also bereits vieles unternommen, wie meine Vorredner auch erwähnt haben. In der Diskussion mit den Mädchen konnten Kollegin Clalüna und ich aber auch feststellen, dass das noch nicht genügt. Nicht alle Mädchen wussten, wie sie vorgehen sollen, wenn sie Erfahrungen mit Mobbing machen, sei es als direkt Betroffene oder auch als Mitschülerin. Es wurde von ungunstigen Erfahrungen berichtet, wo das Gefühl entstand, dass nicht genügend hingeschaut wird, und es war eine gewisse Hilflosigkeit zu spüren. Mobbing gibt es an Bündner Schulen nach wie vor. Mit Cybermobbing ist eine Dimension dazugekommen, die schwierig zu kontrollieren, im Verborgenen, geschieht und deren Auswirkungen für die Betroffenen verheerend sein können. Die KBK stellt in ihrem Bericht die richtigen Fragen: Wie konkret ist das Problem effektiv an den Bündner Schulen? Sind die Probleme punktuell oder flächendeckend? Ich ergänze die Fragen: Welche Konzepte haben die Schulen zur Eindämmung von Mobbing? Das heisst, welche Präventionsmassnahmen werden ergriffen? Das sind Fragen, die wir nach der Diskussion mit den Mädchen an diesem Nachmittag nicht beantworten können. Es wäre auch für uns interessant, mehr darüber zu erfahren und das EKUD ist da bestimmt die richtige Anfragestelle. Mit der Überweisung der Petition können dazu Antworten eingefordert werden. Antworten an die Mädchen, Antworten aber auch an uns Ratsmitglieder. Das wäre ebenso interessant. Ich unterstütze das Weiterleiten der Petition an die Regierung. Das sendet darüber hinaus ein positives Signal an die jungen Frauen, die im letzten November hier, nach engagierter Diskussion, mit 52 zu 2 Stimmen, bei vier Enthaltungen der Petition zugestimmt haben.

*Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin:* Mit dem Weiterleiten dieser Petition an die Regierung kann ein brennendes Thema des Mädchenparlaments weiterverfolgt werden und möglicherweise dann auch Auswirkungen auslösen. Darum bitte ich Sie, unterstützen Sie die Kommissionsmehrheit, und überweisen Sie die Petition an die Regierung.

*Standesvizepräsidentin Gartmann-Albin:* Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, somit kommen wir zur Abstimmung. Von der Petition haben wir Kenntnis genommen. Wer diese Petition an die Regierung überweisen möchte, drücke bitte die Taste Plus, wer dagegen ist, die Taste Minus, bei Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben die Petition mit 92 Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen an die Regierung überwiesen.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat leitet die Petition mit 92 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen an die Regierung weiter.

#### *Beschluss*

1. Der Grosse Rat nimmt von der Petition Kenntnis.
2. Die Petition wird an die Regierung weitergeleitet.
3. Die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu orientieren.

*Standesvizepräsidentin Gartmann-Albin:* Wir kommen zur letzten Petition des Mädchenparlaments betreffend einfachere und schnellere schulische Integration. Auch hier erteile ich das Wort Kommissionspräsidentin Märchy das Wort.

#### **Petition 3. Bündner Mädchenparlament betreffend „Einfachere und schnellere schulische Integration“**

#### *Antrag Kommission*

1. Der Grosse Rat nimmt von der Petition Kenntnis.
2. Die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu orientieren.

*Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin:* Die Petitionärinnen stellen in ihrem Auftrag vier verschiedene Forderungen: Eine schnellere schulische Integration von Minderjährigen, Mitverantwortung der Mitschülerinnen und Mitschüler in einem Götti/Gotta-System, Unterstützung der betroffenen Klassen und Integrationsmassnahmen für erwachsene Flüchtlinge. Die Forderungen betreffen die Bildung von Kindern im Asyl- und Flüchtlingswesen. Diese Anliegen wurden in den vergangenen Jahren auch immer wieder im Grossen Rat thematisiert. Die schulische Integration von Minderjährigen mit dem Status B, F oder N hat mit Fragen des Vollzugs zu tun und fällt in die Zuständigkeit der Verwaltung. Dabei sind je nach Status der minderjährigen Person auf Kantonsebene unterschiedliche Ämter zuständig: Das Amt für Migration und Zivilrecht oder das Sozialamt. Mit der schulischen Integration sind auch das Schulinspektorat und die aufnehmende Schule involviert. Die Anliegen der Petitionärinnen sollten deshalb von denjenigen Stellen geprüft werden, die auf operativer Basis tätig sind. Der Kommission für Bildung und Kultur fehlen fundierte Kenntnisse, und sie ist nicht in der Lage, zu beurteilen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Petition Folge geleistet werden kann. Der Vorschlag, ein Götti/Gotte-System einzuführen scheint auf den ersten Blick sehr sympathisch. Schülerinnen und Schülern kann man jedoch nicht eine Mitverantwortung für das Erlernen der Sprache übertragen. Betreffend Integrationsmassnahmen für erwachsene Flüchtlinge weist die KBK darauf hin, dass der Grosse Rat für die Planungsperiode 2017 bis 2020 des Regierungsprogramms und des Finanzplans diese Thematik festgehalten hat. Die Politik ist sensibilisiert und verfolgt die Entwicklung. Aufgrund dieser Erwägungen stellt eine Kommissionsmehrheit folgenden Antrag: Der Grosse Rat nimmt von der Petition Kenntnis, und zweitens: Die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu orientieren.

*Standesvizepräsidentin Gartmann-Albin:* Das Wort ist offen für weitere Mitglieder der KBK. Wird nicht ge-

wünscht. Allgemeine Diskussion? Wird ebenfalls nicht gewünscht. Somit haben wir von der Petition Kenntnis genommen und die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu orientieren. Ich übergebe nun die Ratsleitung wieder unserem Standespräsidenten. Entschuldigung, Frau Kommissionspräsidentin, Sie wünschen noch das Wort.

#### *Beschluss*

1. Der Grosse Rat nimmt von der Petition Kenntnis.
2. Die Petitionärinnen sind in diesem Sinne schriftlich zu orientieren.

*Märchy-Caduff; Kommissionspräsidentin:* Ich wünsche noch das Schlusswort, geschätzte Anwesende. Ich bedanke mich bei den Kommissionsmitgliedern für die intensive Diskussion und die vertiefte Auseinandersetzung mit den fünf Petitionen. Mein Dank gilt auch Ihnen, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld. Einbeziehen in den Dank möchte ich Patrick Barandun, unseren Ratssekretär. Auch der Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit, Tamara Gianera, spreche ich für die Organisation des Mädchenparlaments meinen Dank aus. Schlussendlich aber gebührt den 100 Mädchen des Mädchenparlaments ein grosses Kompliment und Dankeschön für ihr Engagement. Es ist zu hoffen, dass sie in einigen Jahren hier in diesem Rat als Grossrätinnen Einsitz nehmen werden oder sich für ein politisches Amt zur Verfügung stellen.

*Standespräsident Aebli:* Grossrätin Locher, Sie erhalten noch das Wort.

*Locher Benguerel:* Ich möchte jetzt nicht es in die Länge ziehen, ich möchte nur formal richtig bleiben. Ich hatte jetzt nicht die Gelegenheit, mich mit der Kommissionspräsidentin abzusprechen. Aber wenn Sie die Petition anschauen, ich komme nochmals zurück auf die letzte Petition, dann steht auf der Seite 4: Aufgrund obiger Erwägungen stellt die Kommission für Bildung und Kultur mit 7 zu 3 Stimmen dem Grossen Rat den folgenden Antrag. Und das heisst, 7 Stimmen sind dafür, dass diese Petition nicht an die Regierung weitergeleitet wird, aber 3 Stimmen der Kommission sprechen sich dafür aus, die Petition an die Regierung weiterzuleiten. Und das sollten wir schon noch formal richtig machen, und deshalb, ich bin davon ausgegangen, dass die Kommissionspräsidentin diesen Antrag stellt. Ich erspare jetzt eine lange Argumentation, aber damit wir das wirklich formal richtig machen, stelle ich jetzt hier den Antrag, dass diese Petition an die Regierung weitergeleitet wird, weil es steht so im Protokoll, und wir haben in der KBK auch so darüber abgestimmt.

#### *Antrag Locher Benguerel*

Der Grosse Rat leitet die Petition zudem an die Regierung weiter.

*Standespräsident Aebli:* Gut, dann werden wir diese Abstimmung formell natürlich auch durchführen. Wer diese Petition überweisen möchte, drückt nachher die Taste Plus, wer dagegen ist, die Taste Minus, bei Enthaltungen

Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben sich mit 84 Nein-Stimmen dagegen ausgesprochen bei 18 Ja und einer Enthaltung.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat lehnt den Antrag Locher Benguerel mit 84 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

*Standespräsident Aebli:* Gut, nachdem wir auch das noch geklärt haben, sind wir am Schluss der Session angelangt. Wir sind zeitlich auch im Rahmen dessen, was wir eigentlich uns vorgenommen haben, dass wir das am Dienstag abschliessen können. Wir haben ein bisschen Vorsprung auf die Marschtabelle, wie man so schön sagt, und in diesem Sinne möchte ich auch nicht länger werden und Sie noch im Sinne des Schlusses über folgende Sachen orientieren: Wir haben sechs Aufträge erhalten und drei Anfragen in dieser Session. Wir haben folgende Geschäfte in der Aprilsession bearbeitet: Vereidigung von erstmals anwesenden Stellvertretern, Bericht und Antrag für die Landsession 2019 behandelt, und hier erlaube ich mir noch, als Gemeindepräsident von Pontresina, Ihnen recht herzlich zu danken für das Vertrauen, das Sie der Gemeinde Pontresina entgegengebracht haben, und wir werden uns bemühen, eine würdige Landsession durchzuführen. Weiter haben wir die Wahl für die Vorberatungskommission für den Zusammenschluss der Gemeinden Hinterrhein, Nufenen und Splügen gewählt. Wir haben acht Anfragen und sechs Aufträge behandelt, in der Fragestunde 22 Fragen durch die Regierung beantwortet. Wir haben die parlamentarischen Initiativen von Grossrat Vetsch behandelt, und wir haben die fünf Petitionen aus dem Mädchenparlament besprochen und beschlossen. Auch in dieser Session sind wieder eine Vielzahl an Aufträgen und Anfragen eingegangen, wie eingangs erwähnt. Die werden wir dann in der Augustsession behandeln. Geschätzte Damen und Herren, ich danke der Standesvizepräsidentin und dem Ratssekretariat für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung auch für diese Session. Danken möchte ich aber auch dem Hausdienst und der Polizei für die Sicherheit und den reibungslosen Ablauf, den Medien für die Berichterstattung und auch Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich wünsche allen einen schönen Frühling. Denen, die der Wahlkampf bevorsteht, viel Erfolg auch von meiner Seite. Ich hoffe, Sie dann motiviert in der Junisession wieder hier sehen zu können. Die, welche dann die letzte Amtszeit abschliessen in der Junisession, denen wünsche ich einen entspannten Frühling, den anderen einen spannenden Frühling, und somit möchte ich diese Aprilsession beenden. Danke vielmals und bis im Juni. Dankeschön. *Applaus.*

Schluss der Sitzung: 14.25 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- 
- |  |   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>– Auftrag Koch (Tamins) betreffend Fussgänger- und Radweg-Verbindung Tamins–Domat/Ems/Anschluss Vial</li><li>– Auftrag Kunz (Chur) betreffend umfassende wirtschaftliche Betrachtung im Handänderungsrecht– auch im Konzern</li><li>– Interpellanza Tenchio concernente la sostituzione dei redattori/corrispondenti della RSI a Coira inviati in altre sedi di corrispondenza o prossimi al pensionamento</li></ul> | <p>Für die Genehmigung des Protokolls<br/>durch die Redaktionskommission:<br/>Der Standespräsident: Martin Aebli<br/>Der Protokollführer: Domenic Gross</p> |
|--|---|

### **Die Redaktionskommission**

hat in ihrer Sitzung vom 16. Mai 2018 gemäss Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 36 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates die Sitzungsprotokolle der Aprilsession 2018 geprüft, redaktionell bereinigt und genehmigt.